

Öffentlich

Lfd. Nr.	Bereich	Einsparung/erhöhte Einnahme	Prüfungsergebnis
	Kunst/Kultur/Sport		
1.	Landestheater Theater/Musik allgemein	<ul style="list-style-type: none"> - Angebote zusammenstreichen - Preise erhöhen - Räume anderweitig vermieten für Events - Zuschuss einstellen - Schließung des Theaters und Sinfonieorchesters (2,2 Mio. €) - Kostendeckungsprinzip einführen - Subventionierung einstellen für Klientel, das sich höhere Eintrittspreise leisten kann - Privatisieren - Durch Entlassung von 89 MA müssten 7-8 Jahre keine Zuschüsse gezahlt werden. Mitglieder von Bachchor könnten in Opern mitwirken - Nur noch erfolgreiche Stücke spielen für größeren Profit - Zuschüsse festschreiben - Nicht mehr Geld ausgeben als zur Verfügung steht - Streichung von Subventionen 	Überprüfung erfolgt laufend im Rahmen der künftigen Zuschusszahlung; Flensburg hält nur einen Prozentanteil von 38,3 % an der Gesellschaft
2.	Vereine	Mieten und Pachten einführen	Politisch abgelehnt
3.	Museen	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung der Öffnungszeiten bei Museen und Kultureinrichtungen auf Wochenende - Schließung Museumsberg und Naturwiss. Museum (2 Mio. €) <u>Aber:</u> Lebensqualität wird geschwächt und ggf. Abwanderung von Familien - Aufgabenprivatisierung mit Übernahme des Personals z.B. in Museen bei Management, Leitung, Shop, Cafe, Kasse, Aufsicht, Reinigung vergeben bei Zahlung eines Festbetrags 	Politische Entscheidung steht im Kulturausschuss noch aus
4.	Bibliothek	<ul style="list-style-type: none"> - Porto für Reservierungsbenachrichtigungen erstatten lassen Telefonat statt Porto bei Reservierungsbenachrichtigungen (spart Arbeitszeit und Porto-/Materialkosten) - Bücherspenden von Bürgern 	Unwirtschaftlich wegen zu hohen Zeitaufwands Ist im Einzelfall mit dem Fachbereich abzustimmen
	Steuern/Abgaben		
5.	Hundesteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Deutlich erhöhen wegen Hundekotproblematik - Bessere Erfassung, wer tatsächlich im Besitz eines Hundes ist - verdreifachen 	Steuer befindet sich bereits auf höherem Niveau
6.	Grundsteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung - Erhöhung für max. 5 Jahre als Solidaritätsabgabe zur Schuldentilgung - Erhöhung für Menschen aus besseren Vierteln (Solitude, Moltkestr. u.a.) - Erhöhung um 50%, um damit die Schulden abzutragen; nach Tilgung die Hebesätze unter dem aktuellen Niveau festsetzen; der Schuldenstand wird online gestellt und eine rückwärts laufende Schuldenuhr installiert - Keine Erhöhung, da dies auch Mieter zahlen müssten und für Hartz-IV-Empfänger damit wieder die Kommune 	Grundsteuer wurde rückwirkend zum 01.01.2011 erhöht
7.	Gewerbsteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhen - Von einer Erhöhung absehen da Konkurrenz zu Umlandgemeinden zu groß 	Gewerbsteuer wurde rückwirkend zum 01.01.2011 erhöht

8.	Zweitwohnungssteuer	Einführung	Ist ab 2011 eingeführt
9.	Bettensteuer für Hotelgewerbe	Einführung für entgangenen kommunalen Anteil an der gesenkten Umsatzsteuer im Hotelgewerbe (siehe Stadt Köln)	Einführung ab 2012 wird geprüft; politische Entscheidung notwendig
10.	Bildungs-/Kulturabgabe	Auf Parkscheine und Eintrittskarten jedweder Art	Siehe Pkt. 9
Gebühren			
11.	Parkgebühren	<ul style="list-style-type: none"> - Anwohnerparken und gebührenpflichtiges Parken in der Eckenerstr. - Anwohnerparken auf Jürgensby, da zu viele Innenstadtbesucher hier kostenfrei parken - (drastisch) erhöhen und ÖPNV verdichten - Kurzzeitparken verbilligen und Parken ab 1 Std. deutlich verteuern - Kostenlose Parkplätze in der Bahnhofstr. in gebührenpflichtige Plätze umwandeln (30.000 €) - Einführung für Parkplatz Exe und Toilettenhaus damit finanzieren 	<p>Anwohnerparken wird ausgeweitet auf Südliche Altstadt</p> <p>Gebührenanpassungen wurden beschlossen, die zu Mehreinnahmen von rd. 100.000 € führen sollen. Die Exe bleibt kostenfrei</p>
12.	Fahrradparkgebühr	Bewachte Fahrradstellplätze gegen Gebühr zur Abwendung von Vandalismus	Nicht durchsetzbar; unwirtschaftlich
13.	Spielplätze	<ul style="list-style-type: none"> - Eintritt für Spielplätze, um Vandalismus u. Verschmutzung zu refinanzieren <u>aber:</u> Lebensqualität wird geschwächt und ggf. Abwanderung von Familien 	Nicht wirtschaftlich umsetzbar
14.	Citi-Maut	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung für alle Privat-PKW ab 500 kg - Einführung in Zeit der Rush-hour <ul style="list-style-type: none"> - weniger Durchfahrtsverkehr - 50 € Jahresgebühr - Touristen davon nicht betroffen - dafür keine Umweltzone 	Rechtlich problematisch; nicht wirtschaftlich wegen zu hohem Kontrollaufwand
Bußgelder			
15.	Ruhender/fließender Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> - Kontrollen verstärken und Ordnungswidrigkeiten mehr verfolgen insbes. beim ruhenden Verkehr an 7 Tagen in der Woche - Stärkere Kontrolle des fließenden Verkehrs insbesondere nach 19 Uhr (z.B. Husumer Str.) 	Nicht wirtschaftlich
16.	Falschparker	Anhebung des Bußgeldes; ggf. verdreifachen, um das erforderliche Personal zu finanzieren	Erhöhung nicht möglich, da rechtlich unzulässig
17.	Verschmutzungssünder	Einführung eines Bußgeldes (Zigaretten, Kaugummi, Papier); Überwachung durch vorhandenes Personal	Ordnungsrechtliche Maßnahmen; keine Mehreinnahme, da max. kostendeckend
18.	Hundehalter	Einführung eines Bußgeldes für Nichtentfernung des Hundekots (Nebeneffekt: Geringere Kosten bei Grünpflege und gepflegtes Stadtbild kommt Tourismus zugute)	Ordnungsrechtliche Maßnahme; keine Mehreinnahme, da max. kostendeckend
19.	Schneeräumungspflicht	Bei Nichträumung der Gehwege mind. 50 € Bußgeld ohne vorherige Ermahnung erheben	Ordnungsrechtliche Maßnahme; keine Mehreinnahme, da max. kostendeckend
20.	Wilde Plakatierung	Bußgelder gegen wilde Plakatierung z.B. Süderhofenden u. ZOB-Brücken	Nicht durchsetzbar; unwirtschaftlich

21.	Allgemein	Entschiedener gegen Regelverstöße vorgehen, Kontrolle verstärken z.B. Fahrradfahren in der Fußgängerzone, Alkoholkonsum von Jugendlichen, Anleingebot für Hunde, Helmpflicht für Fahrradfahrer	Nicht wirtschaftlich bzw. rechtlich unzulässig (keine Helmpflicht f. Radfahrer)
	Stadtverwaltung/ Politik		
22.	Politik	Fraktionsbüros abschaffen	Politisch abgelehnt
23.	Lieferanten/Versicherungen/Postzustellung	- Zentralisieren von Versicherungen zusammen mit städt. Gesellschaften für günstigere Beiträge	Kein Handlungsbedarf
24.	Fuhrpark	Wartungskosten sparen z.B. durch Feinfiltersysteme, die den Motorölverbrauch und die Reparaturanfälligkeit senken.	Nachrüstungen zu kostenintensiv; Prüfung erfolgt für Neuanschaffungen
25.	Bürgerbüro	- Expressschalter einführen: Gegen Extragebühr kürzere Wartezeiten (6.000 -10.000 €) - Rückseite des Anschreibens für abgelaufene Personalausweise als Werbefläche (z.B. Fotoservice) nutzen und dadurch Kostendeckung für diese Aufgabe erzielen oder Mitteilung per Email/SMS - Benachrichtigung über Vorliegen des Personalausweises per Telefonat statt schriftlich (spart Arbeitszeit und Porto-/Materialkosten)	Gleichbehandlungsgrundsatz ist zu beachten Telefonische Benachrichtigung durch Personalaufwand zu teuer; entfällt durch künftige Benachrichtigung über Bundesdruckerei Siehe Nr. 28
26.	Schule	- Erneuerungszyklus bei PC-Raumausstattung um mind. 2 Jahre verlängern und Prüfung, ob der eingesetzte Betrag den Erfordernissen entspricht	Wird umgesetzt
27.	Onlineangebote	Ausbauen	Wird lfd. geprüft
28.	Homepage	- Überarbeiten und viel mehr Werbung für die Stadt einbinden (z.B. Uci Kinowelt) - Werbefilm aufnehmen zur Ankurbelung des Tourismus - siehe Nr. 25 (Benachrichtigung über Vorliegen ...)	Wird geprüft
29.	Werbeflächen	Vermietung von attraktiven Werbestandorten z.B. auch Nutzung der Wahlplakat-Wände zu Werbezwecken statt Kosten verursachenden Auf- und Abbau	Wird geprüft für den öffentlichen Raum; in öffentlichen Gebäuden nicht gewollt
	Investitionen allgemein		
30.	Straßen entwidmen	Zitat: Stampft Straßen ein; das erspart Betreuung durch das TBZ und erhöht die Lebensqualität der Anwohner	Erschließung der Stadt muss gesichert sein; ggf. politische Entscheidung notwendig
	Straßen/Geh- u. Radwege/Grünflächen		

31.	Ortsschilder	Auswechseln gegen deutsch-dänische Version unterlassen, solange das alte Schild noch nutzbar ist.	Ggf. politische Entscheidung notwendig
32.	Straßenbeleuchtung	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaltung der Straßenbeleuchtung in Wohngebieten von 0.00 bis 5.30 Uhr - Abschaltung der Straßenbeleuchtung bei Nacht - Jede zweite Laterne ab 24 Uhr abschalten - Beleuchtung später an- und früher ausschalten 	Einsatz von energiesparenden LED-Leuchten wird geprüft
33.	Straßenreinigung/ Grünflächenpflege	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Kehrbesenwagen verzichten, da sie Schmutz verursachen. - Kosten einsparen durch Vergabe an private Unternehmen (20-30 % der Gebühren einzusparen, Schaffung von Arbeitsplätzen im privaten Sektor, um Kaufkraft zu steigern. Frei werdende Arbeitskräfte im TBZ als Entsorgungsberater und –inspektoren einsetzen oder durch Fluktuation abbauen) - Straßenreinigung reduzieren - Eingeschränkter Winterdienst; ebene Straßen nur von hohem Schnee räumen u. Streusalz nur bei Vereisung einsetzen - Kein Streusalz in 30er-Zonen; dies spart Salz und vermeidet Schlaglöcher - Bürgerschaftliches Engagement z.B. durch Patenschaften bei der Pflege von Grünanlagen/-flächen fördern/unterstützen und als Anreiz Vergünstigungen/Gutscheine in Aussicht stellen - Pflege von Verkehrsinseln an GalaBau-Betriebe zur Bewirtschaftung abgeben und eigene Werbung im Gegenzug erlauben 	<p>Kehrmaschinen sind effizient und verursachen wenig Schmutz</p> <p>U.a. Einsatz von leistungsgeminderten Mitarbeitern</p> <p>Bedarfsorientierte Reinigung wird bereits durchgeführt</p> <p>Reinigung erfolgt im Rahmen der Satzung</p> <p>Streusalz wird nur im Bereich des ÖPNV eingesetzt</p> <p>Bürgerschaftl. Engagement wird bereits durch das TBZ gefördert</p> <p>Wird im Einzelfall vom TBZ geprüft</p>
Beteiligungen			
34.	Flugplatz	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung - Bezuschussung und damit Subventionierung von Freizeit- und Sportpiloten einstellen - Keine Beteiligung/Bezuschussung mehr durch Stadtwerke und Ersparnis an Stadt abführen - Start- u. Landegebühren auch vom Luftsportverein erheben statt Pauschalbetrag - Campinggebühren erheben für Camper auf dem Flugplatzgelände - Umnutzung als Campingplatz, Hotelstandort und Wohngebiet, da kein Campingplatz in Flensburg 	wird geprüft; politische Entscheidung
35.	Stadtwerke	<ul style="list-style-type: none"> - Abführung an Stadt erhöhen (die Stadtwerke müssen profitabler arbeiten, nur gewinnorientierte Investitionen, unrentable Töchter abstoßen, sozialverträglicher Personalabbau) - Umwandlung in Genossenschaft für Flensburger Kunden mit Hauptanteil der Stadt FL; Vorteil: Jährliche Zinsbelastung könnte gesenkt werden - Keine Privatisierung der Stadtwerke und Rückholung der an die Töchter und Enkel der Stadtwerke gezahlten Beträge - Anhalten, auf Preisschwankungen zu achten: z.B. keine große Kohle bestellen und nach Preisverfall die Bestellung aufrecht erhalten 	wird geprüft; politische Entscheidung

36.	TBZ	<ul style="list-style-type: none"> - Weniger/gezielter Personaleinsatz bei Straßenarbeiten, und keine „Reserve“ für arbeitendes Personal vor Ort vorhalten - Bessere Überwachung des Personals - Wieso müssen gerade jetzt neue Fahrzeuge angeschafft werden? 	<p>Wird vom TBZ bereits berücksichtigt</p> <p>Im Rahmen der Wirtschaftlichkeit werden Fahrzeuge ersatzbeschafft</p>
	Finanzwirtschaft		
37.	Fördergelder	- Verzicht auf Fördergelder und damit auf Investitionen, um den erforderlichen Eigenanteil nicht aufbringen zu müssen	Politische Entscheidung insb. im Zusammenhang mit Investitionen
	Sozialleistungen		
38.	Zuschüsse	Im Bereich Jugend, Soziales, Gesundheit und Kultur sämtliche Zuschüsse überprüfen und um 10 % kürzen	Befindet sich noch in der Prüfung
	Sonstiges		
39.	Veranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> - Sperrzeit bei Außenveranstaltungen verkürzen (z.B. Weihnachtsmarkt, Hafenveranstaltungen, Konzerte Exe); dies bringt dann mehr Einnahmen und damit höhere Steuereinnahmen - Exe/Schäferhaus für Veranstaltungen nutzen (Einnahmen über Eintritt/Getränke liegen über den Ausgaben) 	Kein Hinweis auf Mehreinnahmen/ Minderausgaben
40.	Beleuchtung öffentl. Gebäude	<ul style="list-style-type: none"> - Beleuchtung ab 23 Uhr abschalten - Beleuchtung an Rathausüberdachung Neumarkt ab 19 Uhr abschalten und kleine Leuchtmittel verwenden 	Anfallende Kosten werden von Dritten getragen Abschaltung erfolgt ab 21 Uhr
41.	Attraktivität der Stadt	Verstärktes Marketing für die Stadt über Internet und Medien	Wird geprüft
42.	Baumschutzsatzung	Baumschutzsatzung abschaffen und das hierfür eingesetzte Personal einsparen	Politisch abgelehnt
43.	Unterstützung von beratenden Gruppen und Institutionen	Straffung der Angebote, Angebote nicht doppelt vorhalten/unterstützen	Wird geprüft
44.	Hilfen zur Erziehung	Deutlich reduzieren, da den Eltern zuviel Verantwortung abgenommen wird	Wird geprüft über Gutachten
45.	Häuser der offenen Tür	Streichen und durch Sponsoring finanzieren	Ggf. politische Entscheidung notwendig
46.	Ferienpassaktion	Angebote wesentlich einkürzen	Politisch abgelehnt
47.	Schulsport/-schwimmen	Subventionierung einstellen; für Sport der Kinder sind die Eltern selbst verantwortlich	Ggf. politische Entscheidung notwendig
48.	Flensburg-Lotterie	Einführung; Lose zu 4 € mit attraktiver Gewinnmöglichkeit; Reinerlös rd. 150.000 € für Projekte nutzen, die nicht mehr von der Stadt unterstützt werden	Unwirtschaftlich u. unzulässig, sofern über 40.000 € umgesetzt werden
49.	Förderverein Stadt FL	Gründung eines Vereins der Freunde u. Förderer der Stadt FL mit einflussreichen Personen, die sich um Spenden für städt. Projekte bemühen; Großspender werden auf einer Ehrentafel im Rathauseingang gewürdigt	Wird lfd. geprüft